Beschlussvorlage

Fachbereich IV

Aktenzeichen:

Vorlage Nr.: BV/0468/2014

Vorlage für die Sitzung		
Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales	13.11.2014	öffentlich
Rat	15.12.2014	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Antrag der Ratsmitglieder Birgit Formanski und Walter Viethen M.A. sowie der sachkundigen Bürgerin Donata Quadflieg - SPD-Fraktion - vom 16.09.2013; betr.: Einrichtung der Stelle eines ehrenamtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
Siehe Sachverhalt

Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
keine

1. Beschlussvorschlag:

Alternative 1:

Der Antrag vom 16.09.2013 wird z.Zt. nicht weiter verfolgt.

Die Verwaltung wird beauftragt, sich auch künftig in besonderem Maße für die Belange von Menschen mit Behinderungen einzusetzen.

Alternative 2:

Es wird eine Stelle für eine/n ehrenamtliche/n Beauftragte/n für Menschen mit Behinderungen für die Dauer der Legislaturperiode des Rates eingerichtet. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stelle im Amtlichen Mitteilungsblatt „kultur und gewerbe“ sowie in der Presse öffentlich auszuschreiben.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Der Antrag auf Einrichtung einer Stelle eines ehrenamtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen (siehe Anlage 1) wurde in der Sitzung des Rates am 30.09.2013 zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in den Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales verwiesen.

Vorgenannter Ausschuss hat in seiner Sitzung am 05.12.2013 über den Antrag beraten und zunächst folgenden Beschluss gefasst:

„Die Entscheidung über den Antrag und deren Umsetzung wird bis zum Vorliegen des avisierten Aktionsplanes des Landschaftsverbandes Rheinland zurückgestellt.“

Aufgrund der Neubildung und Neubesetzung des Ausschusses für Generationen, Integration und Soziales nimmt die Verwaltung zum Antrag nochmals umfänglich Stellung:

Aufgabenwahrnehmungen durch die Verwaltung

Innerhalb der Verwaltung werden heute schon vielfältige Aufgaben wahrgenommen, um insbesondere auch Menschen mit Behinderungen die gesellschaftliche Teilnahme zu ermöglichen bzw. zu vereinfachen. Beispielhaft seien genannt:

- Ermöglichung des „gemeinsamen Unterrichts“ von behinderten und nicht behinderten Kindern in den Grundschulen, insbesondere in der Schwerpunktschule „Gemeinschaftsgrundschule Sürster Weg“. Die Aufnahme von behinderten Kindern in die Schule erfolgt unter Berücksichtigung der räumlichen Gegebenheiten.
- Unterstützung von „Einzelintegration“, um Kindern mit Behinderung die Beschulung an Regelschulen zu ermöglichen. Dies erfolgt nur, wenn der Aufwand (z.B. Hilfsmittel) vertretbar und finanzierbar ist; teilweise werden Unterstützungsmaßnahmen durch den Landschaftsverband Rheinland vermittelt.
- Übernahme der „Schulträgeraufgaben“ für die Förderschule „Lernen“, die im Rahmen einer interkommunalen Vereinbarung zwischen den Kommunen Meckenheim, Swisttal, Wachtberg und Rheinbach betrieben wird.
- Einrichtung und Betrieb einer „integrativen Lerngruppe“ in der Gemeinschaftshauptschule Rheinbach.
- Förderung des Behindertensports im Rahmen der Zurverfügungstellung städtischer Sportstätten.
- Ambulante und stationäre Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gemäß § 35 a SGB VIII.
- Unterstützung der integrativen Tageseinrichtung für Kinder „Rasselbande“ der Lebenshilfe Bonn e.V..
- Förderung der Einzelintegration von behinderten Kindern in Regelkindergärten soweit die personellen und sächlichen Voraussetzungen dies zulassen.
- Finanzielle Hilfeleistungen nach dem 3. (Hilfe zum Lebensunterhalt) und 4. (Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit) Kapitel des SGB XII.
- Unterstützung im Bereich des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zum Bau eines Mietobjektes für ein ambulant betreutes Wohnen von Menschen mit Behinderungen.
- Allgemeine Beratung zu möglichen Ansprechpartnern und Hilfeangeboten.
- Auch ist gewährleistet, dass die Belange von Menschen mit Behinderungen sowohl bei planerischen als auch bei baulichen Projekten eine angemessene Berücksichtigung finden.

So wird beispielsweise darauf geachtet, dass bei privaten Gebäuden die gesetzlichen Vorschriften angewendet, bei städtischen Immobilien die Belange von Menschen mit Behinderungen im Rahmen von Neubaumaßnahmen oder Sanierungen beachtet und bei Maßnahmen im öffentlichen Raum Aspekte wie Barrierefreiheit und taktile Elemente bedacht werden. Auch bei städtebaulichen und stadtgestalterischen Planung erfolgt eine frühzeitige Integration der Belange wie z.B. die inhaltliche und räumliche Zuordnung von zielgruppenspezifischen Stellplätzen.

Vortrag Bürgermeister Raetz

Zum Thema „Inklusion in die Umsetzung bringen“ hat Bürgermeister Stefan Raetz beim Städte- und Gemeindebund NRW vorgetragen; der Vortrag ist als Anlage 2 beigelegt.

Aktionsplan des Landschaftsverbandes

Mit dem Thema „Inklusion und Menschenrechte“ beschäftigt sich insbesondere auch der Landschaftsverband Rheinland, der Anfang September auch eine Fachtagung „Inklusion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ durchführte. An dieser Fachtagung haben auch Vertreter der Stadt Rheinbach teilgenommen.

Zwischenzeitlich liegt auch der seitens des Landschaftsverbandes avisierte Aktionsplan „Gemeinsam in Vielfalt“ vor. Aufgrund des Umfangs (160 Seiten) wird hierzu auf die Internetseite www.inklusion.lvr.de verwiesen.

Konkrete Umsetzungsvorschläge – speziell auch für Kommunen – sind aus dem Aktionsplan nicht erkennbar.

Vorschlag der Verwaltung

Die vorstehenden Ausführungen bestätigen, dass sich die Verwaltung schon intensiv um die Belange von Menschen mit Behinderungen kümmert.

Auch beinhalten die vom Rat in seiner Sitzung am 27.09.2010 beschlossenen „Strategischen Ziele der Stadtentwicklung – Rheinbach 2030“ die Leitlinie „Verbesserung des öffentlichen Raumes im Sinne einer Barrierefreiheit“.

Die Verwaltung unterbreitet einen alternativen Beschlussvorschlag und bittet um Empfehlung an den Rat.

Rheinbach, den 24.10.2014

gez. Peter Feuser
Fachbereichsleiter

gez. Barbara Steinfartz
Fachgebietsleiterin

Anlagen:

Anlage 1 – Antrag der SPD-Fraktion vom 16.09.2013

Anlage 2 – Vortrag Bürgermeister Stefan Raetz